
40/J XXIV. GP

Eingelangt am 03.11.2008

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

betreffend Postbusverkehrsleitung in Vösendorf

Der Rechnungshof übt in seinem Bericht 2008/6, II.143 der Beilagen XXIII.GP, heftige Kritik an dem Liegenschaftsverkauf und der Rückmietung Wien, Erdberger Lände 36-38, dem ehemaligen Postbusgelände (Gebäude im Besitz der Österreichischen Postbus Aktiengesellschaft).

Er bemängelte:

- „24.2** – Schwächen bei der Planung und Umsetzung der Standortkonzentration,
- die massive Kostenerhöhung durch die nachträglich geplante, tatsächlich aber nicht durchgeführte Anhebung der Belegungszahl von 850 auf 1.050 Personen,
 - die verspätete Einbindung des Mieters Rail Cargo Austria Aktiengesellschaft erst nach Abschluss der Vertragsverhandlungen und
 - weitere nachträgliche Mehrkosten, die bei einer sorgfältigeren Gestaltung der Bau- und Ausstattungsbeschreibung vermeidbar gewesen wären.
- 25.2** – das Fehlen einer Kosten-Nutzen-Analyse, einer Beurteilung des Gebäudepotenzials sowie der zu erwartenden Betriebskosten als Entscheidungsgrundlage für die möglichen Varianten;
- die fehlende Transparenz bei der Auswahl der Investoren und bei den geführten Verhandlungen;
 - die vom ursprünglichen Beschluss des Aufsichtsrates abweichende Vertragsgestaltung, die ohne dessen neuerliche Befassung erfolgte, mit nicht abschätzbaren wirtschaftlichen Folgen, und
 - das Fehlen einer dokumentierten Entscheidungsfindung.“

Die Hauptverantwortung dafür trägt das ÖBB-Immobilienmanagement, bzw. die Geschäftsführerin, Mag. Michaela Steinacker, die inzwischen in den Immobilienbereich der Raiffeisen-Holding wechselte.

Nun vermerkt die Raiffeisenzeitung am 9. Oktober 2008, ausgerechnet unter dem Titel „Raiffeisen-Holding NÖ-Wien bringt Postbus in Fahrt“, dass die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien in Vösendorf auf 19.300 m² rund 10 Mio Euro für den Bau einer ÖBB-Postbuswerkstätte samt Verkehrsleitung Süd investierte, der nun langfristig an die ÖBB-Postbus GmbH vermietet wurde.

Dass dieses Projekt den „Postbus in Fahrt bringt“, ist eine originelle Interpretation, wurde doch die betriebliche Eignung des neuen Standorts - extrem verkehrsbelastetes Umfeld, dadurch Probleme sowohl für den Nutzer bei Zu- und Abfahrt als auch für die Umgebung durch einen zusätzlichen Verkehrserreger - wiederholt in Zweifel gezogen.

Überdies deckt sich der Umfang des neuen Areals in etwa mit der verkauften Fläche an der Erdbergerlände.

Der Rechnungshof hielt im Zusammenhang mit der Standortkonzentration und den Immobilienverkäufen der ÖBB folgendes fest:

„Entsprechende wirtschaftliche Berechnungen als Grundlage für diese durch den Aufsichtsrat der Österreichische Bundesbahnen-Holding Aktiengesellschaft definierten Ziele lagen nicht vor. Eine Kosten-Nutzen-Analyse konnte trotz mehrmaliger Nachfrage des RH nicht beigebracht werden.“

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Hintergründe der Übersiedlung der ÖBB-Postbus GmbH näher zu durchleuchten und die Frage von Konsequenzen gegenüber noch im ÖBB-Konzern verbliebenen Beteiligten – zB ÖBB-Postbus-AG-Chef Franz Nigl – zu klären.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie hoch ist die monatliche Quadratmeter-Miete auf dem Vösendorfer Gelände für die ÖBB-Postbus GmbH?
2. Auf welche Höhe beläuft sich die jährliche Gesamtmiete?
3. Aus welchen Gründen wurde die ÖBB-Postbus GmbH von der Erdbergerlände abgesiedelt?
4. Wie können Sie ausschließen, dass die ehemalige Geschäftsführerin der ÖBB-Immobilien, die jetzt im Raiffeisen-Immobilien-Konzern tätig ist, oder andere ÖBB-Manager geschäftliche oder persönliche Vorteile aus dem Verkauf und der Übersiedlung der ÖBB-Postbus-Werkstätte und -Verkehrsleitung zogen?
5. Wurde eine Gesamtrechnung (Kosten-Nutzen-Analyse) über die Verkaufs- und Einmietungskosten angestellt? Wenn nein warum nicht?

6. Wie erklären Sie, dass die Fläche der neuen Postbus-Werkstätte derjenigen am alten Standort entspricht, Platz- bzw. Flächenmangel als Argument für die Absiedlung also nicht mehr seriös darstellbar ist?
7. Welche Konsequenzen aus der höchst kritischen Analyse und Bewertung des Erdbergerlände-Deals durch den Rechnungshof a) hat es, b) wird es für die beteiligten Akteure geben, unter anderem für den federführenden Vertreter des dortigen Gebäudeeigentümers ÖBB-Postbus AG, Franz Nigl?